

Kreistagsitzung 17.11.2014

Haushaltsrede

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Seit der Bau-Entscheidung für das Rems-Murr-Klinikum im Jahr 2008 ist das Krankenhaus Thema Nr. 1 in den Haushaltsreden. Die Klinik ist mittlerweile eröffnet. Doch nach wie vor ist sie ein Handlungsfeld, das für uns Kreisrätinnen und Kreisräte eine große Herausforderung darstellt.

Im Oktober hat die Verwaltung die Summe aller Schäden und die kostenmäßigen Auswirkungen dargelegt. Die Zahlen haben uns alle geschockt. Das finanzielle und wirtschaftliche Problem der Kliniken belastet den Kreishaushalt mit 18 Mio. Verbunden mit der Feststellung, dass der Sozialhaushalt für 2014 nicht ausreichte, mussten wir sogar einen Nachtragshaushalt beschließen.

Heute geht es um den Haushalt 2015. Wir sollten uns davor hüten, wieder zu Gunsten der Kreisumlage ein Risiko einzugehen. Uns Grünen ist eine realistische Planung wichtig, die nicht noch einmal einen Nachtragshaushalt erforderlich macht.

Der Kreishaushalt wird weiterhin durch die erheblichen Kosten des Klinikums leiden. Zins und Tilgung und die Folgekosten für die gewaltigen Bauschäden werden den Haushalt auch in den nächsten Jahren schwer belasten. Wir alle haben uns das anders vorgestellt und erwartet, dass der Zuschussbedarf der Kliniken endlich sinkt.

Trotzdem war die Bauentscheidung richtig. Nun müssen wir entschlossen mit allen Beteiligten an einer erfolgreichen Zukunft der Rems-Murr-Kliniken arbeiten. Oberstes Ziel ist eine optimale Gesundheitsversorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger durch unsere Kliniken in Winnenden und Schorndorf.

Dafür haben wir die besten Voraussetzungen:

- Wir haben ein sehr gutes medizinisches Konzept,
- ein neues Haus in Winnenden mit einer hervorragenden Ausstattung und Ausstrahlung
- und wir haben hoch qualifiziertes und engagiertes Personal, das mit großem Einsatz für den Erfolg der Kliniken arbeitet.

Auf Dauer muss aber auch eine kostendeckende Finanzierung des laufenden Betriebs sichergestellt werden. Wir Grünen halten es für richtig, dass externe Fachgutachter diesen Prozess unterstützen. Wir werden jedoch immer einen Blick darauf haben, dass die angestrebten wirtschaftlichen Verbesserungen nicht zu Lasten der menschlich zugewandten medizinischen Versorgung oder des Personals gehen.

Wir möchten uns bei dieser Gelegenheit bei der Klinikleitung und dem gesamten Klinik-Personal für das Engagement und für alles bisher Geleistete bedanken!

Der Sozialetat ist der größte Brocken im Kreishaushalt. Die Ausgaben steigen Jahr für Jahr. Die moderate Entwicklung in den Jahren 2011 - 2014 haben wir hauptsächlich den höheren Finanzzuweisungen von Bund und Land zu verdanken.

Das Ergebnis 2014 zeigt, dass es im Rems-Murr-Kreis viele Menschen gibt, die Unterstützung benötigen. Dies sind Menschen mit Behinderung, ältere Menschen mit Pflegebedarf, Familien die Unterstützung bei der Erziehung benötigen oder Menschen, die in soziale und wirtschaftliche Notlagen geraten sind. Auch von der positi-

ven wirtschaftlichen Entwicklung im Kreis profitieren nicht alle. Trotz einer hohen Beschäftigung sind mehr als 2.500 Menschen im Rems-Murr-Kreis langzeitarbeitslos.

Für den Sozialbereich und für die Jugendhilfe sind für 2015 insgesamt 148 Mio. eingeplant. Den Fehler vom vergangenen Jahr, mit zu geringen Fallzahlen oder Planansätzen zu rechnen sollten wir nicht wiederholen und deshalb die Steigerung von 7,5% gegenüber der Vorjahresplanung, das entspricht 10,5 Mio., akzeptieren.

Eine Reduzierung dieser Kosten ist nur durch eine grundlegende neue Finanz- und Sozialpolitik auf Bundesebene möglich. Dort dürfen die Aufgaben nicht nur an die Kommune delegiert werden, sondern es müssen dafür auch die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Geschieht das nicht, drohen zunehmend Belastungen, die wir aus eigener Kraft hier im Kreis nicht mehr stemmen können.

Als Landkreis sind wir dafür verantwortlich und auch gesetzlich verpflichtet, den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Weise zu helfen. Manchmal haben wir den Eindruck, dass dies vergessen wird, beim alljährlichen Jammern und Klagen der Kommunen über die Kreisumlage - allen voran die Bürgermeister. Dabei müssten doch gerade sie ein Interesse daran haben, dass der Kreis seine Pflichten ernst nimmt und auch „Ihren“ in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern vor Ort geholfen wird.

Viele Konflikte auf der Welt haben dazu geführt, dass derzeit sehr viele Menschen ihre Heimat verlassen und auf der Flucht sind. Sehr wahrscheinlich werden die Flüchtlingszahlen auch in den nächsten Jahren steigen. Es bedarf der Anstrengungen Aller, um diesen Menschen zu helfen.

„Humanität hat Vorrang“ ist das Motto der Grün-Roten Landesregierung und es ist auch das Motto im Rems-Murr-Kreis. Darüber sind wir uns alle einig. Und uns allen ist klar, dass wir in diesem Bereich zunehmend mehr Geld in die Hand nehmen müssen.

Sehr engagiert bemüht sich Herr Landrat Fuchs und seine Verwaltung um eine humanitäre und gute Versorgung der bei uns ankommenden Flüchtlinge. Wir wünschen uns eine Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen Einheiten. So wird die Integration in das Gemeinwesen erleichtert und das Risiko von Konflikten verringert. Die großen Städte und einige Gemeinden stellen bereits Unterkünfte zur Verfügung. Wir möchten die Gemeinden ermutigen, die dies bisher noch nicht tun, sich hier mit zu engagieren. Nur wenn wir die Aufgabe auf viele Schultern verteilen, können wir sie tragen.

Die Bereitschaft in der Bevölkerung, Flüchtlinge in ihrer Not zu unterstützen ist sehr groß. Ohne das Engagement Vieler, die oft ohne großes Aufsehen agieren und helfen, wäre die Situation an den Standorten schwieriger. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bei all den Ehrenamtlichen herzlich bedanken.

Über all diesen Verpflichtungen sollten wir aber nicht vergessen, unseren Landkreis auf die Zukunft vorzubereiten.

Durch die Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes haben wir uns konkrete Ziele gesetzt. Uns Grünen ist es gelungen, dass seit 2013 zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen eingeplant sind. Mit viel Elan wurden kleinere und größere Maßnahmen durchgeführt oder begonnen. Beispielsweise regte das Erfolgsprojekt Klick viele Menschen zu mehr Nachhaltigkeit und zum Energiesparen an. Eine Fahrradmitnahmeverrichtung für Liniensebusse wurde entwickelt und durch den grünen Minister Hermann eingeweiht. Und - die energetischen Sanierungen unserer Immobilien zeigen Wirkung - der Energiebedarf sinkt deutlich.

Um das Defizit der Rems-Murr-Kliniken aufzufangen, konnten leider einige Vorhaben und Projekte nicht umgesetzt werden. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Sie sind nun im vorliegenden HH enthalten und müssen zeitnah realisiert werden, um das Klimaschutzkonzept konsequent fortzuführen.

Weniger erfreulich ist der Ausbau der erneuerbaren Energien; insbesondere der Windenergie. Positive Beispiele gibt es in nächster Nähe. Bei der Initiative in Ingersheim läuft das Windrad erfolgreich, mit hoher Akzeptanz der Bevölkerung. Hier könnten sich auch Zweifler der Windenergie jederzeit informieren. Es ist höchste Zeit, dass auch im Rems-Murr-Kreis Windräder für eine saubere Energieerzeugung in Betrieb gehen. Wir fordern das LRA auf, die Planungen zu unterstützen und für schnellstmögliche Genehmigungen zu sorgen.

Klimaschutz und ÖPNV sind nicht voneinander zu trennen. Durch den ÖPNV-Pakt unter Leitung des grünen Verkehrsministeriums wurden die Streitigkeiten um die Zuständigkeit von Region und Landkreisen, insbesondere bei den Busverkehren, beendet. Damit sind die Aufgaben klar verteilt. Mit einer einheitlichen Telefonnummer für die Rufverkehre sowie durch das Projekt „bike and work“ hat die Verwaltung des Rems-Murr-Kreises gezeigt, dass dort gute Ideen entwickelt und umgesetzt werden

Ein anderer Bereich der Zukunftsvorsorge – aber ebenso wichtig - sind Investitionen in Bildung und Erziehung. Trotz erster Widerstände startete der neue Bildungsgang AV-dual im September an vier beruflichen Schulen im Rems-Murr-Kreis. Bei diesem Pilotprojekt haben sich alle Beteiligten an einen Tisch gesetzt und zusammengelegt: Land, IHK, Handwerkskammer und Landkreis. Davon profitieren inzwischen 290 junge Menschen aus dem Rems-Murr-Kreis, mittel- und langfristig aber auch Handwerk und Wirtschaft. Und nicht zuletzt profitiert auch der Landkreis: Mit jedem jungen Menschen, der auf eigenen Füßen stehen kann, werden keine Sozialleistungen benötigt.

Der kurzfristige Start war nur durch das sehr hohe Engagement aller beteiligten Stellen, insbesondere aber der Lehrerinnen und Lehrer der Schulen möglich. Dafür herzlichen Dank.

Bei diesen umfangreichen Herausforderungen beschäftigt uns alle die Frage „Wo kann denn überhaupt noch gespart werden?“ Wir alle wissen, die Spielräume im Kreishaushalt sind sehr gering. Er besteht nahezu nur aus Verpflichtungen, denen wir uns nicht entziehen können.

Seit ich Mitglied des Kreistags bin, habe ich alljährlich gehört, dass bei den Personalkosten „immer noch Luft drin ist.“ Natürlich geht das, ging ja auch die letzten Jahre, hat immer geklappt! Aber wie kann das sein? Das Geheimrezept heißt: „Freiwerdende Stellen nicht sofort wiederbesetzen“.

Das bedeutet, dass zeitweise die immer umfangreicher werdende Arbeit von weniger Personal bewältigt werden muss. Die normale Arbeitszeit kann dafür nicht ausreichen. Was geschieht? Viele engagierte Mitarbeitende bleiben länger und machen Überstunden. Nur für die Statistik: Ende September entsprach die Summe aller Überstunden ca. 20 !!! Vollzeitstellen für ein Jahr.

Da wundert es doch nicht, dass auch im Landratsamt immer mehr Menschen auf den Stress am Arbeitsplatz mit Krankheit reagieren. Einige haben bereits den Alarmknopf gedrückt und eine Überlastungsanzeige gemacht.

Auch die Fluktuation in der Verwaltung des Kreises nimmt zu. Warum? Bieten andere Arbeitgeber bessere Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung oder wird dort der berufliche Aufstieg eher ermöglicht? Es wird immer schwieriger gute und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und zu gewinnen. Ich möchte hier nur ein Beispiel von vielen nennen: In der wirtschaftlichen Jugendhilfe kann eine Stelle seit längerem nicht besetzt werden. Somit gibt es Verzögerungen bei Auszahlungen – trotz Überstunden. Auch können im Jugendamt die Möglichkeiten der Refinanzierung nicht ausgeschöpft werden, aufgrund fehlender personeller Kapazitäten. So entgehen dem Landkreis Einnahmen, die dringend gebraucht würden.

Ausdrücklich unterstützen wir die Bestrebungen der Verwaltung, ihre bereits vorliegenden Konzepte zur Bindung und Gewinnung von Mitarbeitenden und die Förderung zukünftiger und aktueller Führungskräfte umzusetzen. Wir sollten uns hier nicht aus der Verantwortung stehlen.

Uns Grünen ist eine erfolgreich arbeitende, zufriedene Mitarbeiterschaft in unserer Verwaltung wichtig. Deshalb werden wir Kürzungen im Personaletat nicht zustimmen.

2011 haben wir ein Schuldenabbaukonzept beschlossen. Der Beschluss sah vor, dass – erstens - mit Überschüssen Schulden abgebaut, und – zweitens - zusätzlich jährlich 2 Mio. für den Schuldenabbau in den HH eingeplant werden sollten. Der erste Teil hat geklappt, der zweite bisher nie! Auch dieses Jahr sind wir davon weit entfernt.

2015 sollen 11,1 Mio. neue Schulden aufgenommen werden. Dies ganz im Sinne der Kommunen, da somit die Kreisumlage nicht noch weiter als geplant erhöht werden muss. Wir Grüne tragen diesen Vorschlag schweren Herzens mit. Allerdings nur mit der klaren Vorgabe, dass wichtige Maßnahmen wie energetische Sanierungen, die auch zu Einsparungen in der Zukunft führen, nicht wieder verschoben werden. Außerdem sollen alle Einnahmeverbesserungen zur Reduzierung der Schuldenaufnahme und nicht zur Senkung der Kreisumlage verwendet werden.

Bei den Freiwilligkeitsleistungen könnten durch 27 kleinere und größere Beträge Einsparungen in Höhe von insgesamt 122.000 € erzielt werden. Das sind 0,025%-Punkte der Kreisumlage!! Also im Verhältnis zum Gesamthaushalt ein verschwindend geringer Betrag.

Für soziale und kulturelle Einrichtungen oder Projekte wie z.B. DRK, Feuerwehr und Kreissenorenrat würden die gekürzten Beträge aber eine unerwartete Finanzierungslücke bedeuten. Für uns Grünen sind die Freiwilligkeitsleistungen auch Ausdruck der Wertschätzung für die engagierte und meist ehrenamtliche Arbeit verschiedener Gruppierungen. Sie übernehmen viele wichtige Aufgaben, die aus öffentlichen Mitteln nicht finanziert werden können.

Wir stimmen daher den vorgeschlagenen Kürzungen der Freiwilligkeitsleistungen nicht zu.

Die dem Einfluss der Verwaltung unterliegenden Positionen wie z.B. Partnerschaften oder Gemeinschaftsveranstaltungen sollten allerdings zukünftig sparsamer bewirtschaftet werden. Vielleicht bleibt dann unterm Strich sogar mehr als 20% übrig.

Den Kürzungen bei den Geschäftsausgaben der Fraktionen stimmen wir zu.

Wir unterstützen:

- den Antrag der Erlacher Höhe für die Weiterfinanzierung der EH-Mobils. Es gibt kein vergleichbares niederschwelliges Angebot und es bewahrt Menschen u.U. vor einem weiteren sozialen Abstieg, der auch mit der Inanspruchnahme von Sozialleistungen verbunden wäre.
- den Antrag der Paulinenpflege Winnenden, auf Erhöhung der Personalkosten je Fachkraft auf zukünftig 56.000 € jährlich, da die 2008 vereinbarten Beträge nach mehreren Tarifrunden nicht mehr ausreichen.
- den Antrag von Kreisdiakonieverband und Caritasverband zur Co-Finanzierung des Projektes HaLT. Das Projekt wird zu 2/3 durch Spenden finanziert und kann nur durch die Finanzierungszusage des Landkreises in Höhe von 3.500 € jährlich fortgesetzt werden.

Aktuell sehen wir keinen Spielraum, die vorgeschlagene Kreisumlage in Höhe von 38,5 % zu senken. Damit fordert der Kreis von den Kommunen 12,7 Mio. mehr als im vergangenen Jahr. Trotzdem sollten wir nicht den gleichen Fehler wie 2013 machen und im Herbst feststellen, dass die Realität eine andere ist.

Wir wissen, dass ist ein saurer Apfel für die Kommunen, wir möchten aber auch darauf hinweisen, dass die Kommunen in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang von Verbesserungen durch die Grün-Rote Landesregierung profitiert haben. Mio. flossen durch die Drittelfinanzierung bei der Schulsozialarbeit und durch den Betriebskostenzuschuss bei den Kitas auch in die Gemeindekassen. Auch an die 2,3 Mio. Bundesmittel zur Stärkung der Kommunalfinanzen möchten wir erinnern.

Sicherlich hätten die Gemeinden die nun geforderte Mehrbelastung vor Ort sinnvoll einsetzen können. Aber der erhöhte Bedarf für steigende Sozialleistungen ist nun mal Fakt und trägt zum Wohle vieler im Rems-Murr-Kreis lebenden Menschen und somit auch der Kommunen bei.

Zum Schluss möchte ich die Bürgermeister und Gemeinderäte bitten, dass Sie bei der Abstimmung nicht vergessen, ihren Hut zu wechseln und den HH wenigstens ein Stückweit durch die Brille des Rems-Murr-Kreises, als Kreisrat, zu betrachten.

Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes für die engagierte Arbeit und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Christel Brodersen